

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Rates der Stadt Aachen

Sitzungstermin: Mittwoch, 04.09.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Sibylle Keupen

Gremienmitglieder

Name

Bemerkung

Norbert Plum

Hilde Scheidt

Christoph Allemand

Harald Baal

Sebastian Becker

Ellen Begolli

Silke Bergs

Marc Beus

Peter Blum

Jörg Bogoczek

Franca Braun

Gaby Breuer

Dr. Sebastian Breuer

Julia Brinner

Andrea Derichs

Birdal Dolan

Elke Eschweiler

Achim Ferrari

Wilfried Fischer

Annika Fohn

ab 18:10 Uhr

Ulla Griepentrog

Daniel Hecker

Wilhelm Helg

Johannes Hucke

Name	Bemerkung
Klaus-Dieter Jacoby	
Hans Peter Kehr	
Holger Kiemes	
Boris Linden	
Lars Lübben	
Iris Lürken	
Markus Mohr	
Tobias Molitor	
Sigrid Moselage	
Kaj Neumann	
Henning Nießen	bis 19:02 Uhr
Wolfgang Palm	
Daniela Parting	
Hermann Josef Pilgram	
Hildegard Pitz	
Carsten Schaadt	
Dr. Margrethe Schmeer	
Karin Schmitt-Promny	
Michael Servos	
Jöran Stettner	
Tobias Benedikt Tillmann	
Peter Tillmanns	
Jakob von Thenen	
Renate Wallraff	
Dr. Heike Wolf	
Tjark Zimmer	
Relindis Becker	
Doris Kurschilgen	
Dr. Julia Oidtmann	
Dirk Szagunn	

Mitarbeiter der Verwaltung

Name	Bemerkung
Frauke Burgdorff	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Britta Hommelsheim	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Hans Leo Deumens	entschuldigt
Mathias Dopatka	entschuldigt

Name

Nathalie Koentges
Monika Annette Wenzel

Bemerkung

entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Keine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Modellprojekt "Quereinstieg in die Kinderbetreuung" ("Qik") des Landes NRW	FB 45/0619/WP18
4	Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie, 4. Runde – Fortschreibung des Lärmaktionsplans Aachen (LAP) in 2024 hier: Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen Vorlage der endgültigen Fassung des LAP Aachen, 4. Runde (2024)	FB 36/0508/WP18
5	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen	
5.1	Sportpark Soers; Sachstand Gesamtprojekt (August 2024), Grundsatzbeschluss Multifunktionssporthalle - Außerplanmäßige Mittelbereitstellung	FB 61/1016/WP18
5.2	Überplanmäßige Mittelbereitstellung Erweiterung Verwaltungsgebäude Forstamt Monschauerstraße	FB 36/0506/WP18
6	Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27. Juni 2024; hier: TOP 4ö "Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke 'Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete' vom 06. Juni 2024"	FB 56/0511/WP18
7	4. Änderungssatzung der Friedhofssatzung der Stadt Aachen vom 01.01.2011	E 18/0252/WP18
8	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im öffentlichen Rettungsdienst	FB 37/0052/WP18
9	Bebauungsplan Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser - hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	FB 61/1015/WP18
10	Einteilung der Wahlbezirke für die Kommunalwahl 2025 Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 01/0560/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
11	Festakt und Rahmenprogramm "Aachen 1944 und der Weg in die Demokratie"; Ratsantrag der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD, ZUKUNFT, FDP und LINKE vom 08.05.2024 Die Unterlagen werden nachgereicht.	E 42/0201/WP18
12	Annahme einer Schenkung des Fördervereins der KGS Höfchensweg; hier Schenkung eines Außenspielgerätes	FB 45/0611/WP18
13	Annahme einer Schenkung des Fördervereins der GGS Brühlstraße; hier: Erstellen einer Pflasterfläche für eine Fahrradabstellanlage	FB 45/0612/WP18
14	Anfragen	
14.1	Ratsanfragen	FB 01/0558/WP18
14.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen	FB 01/0559/WP18
15	Ratsanträge	FB 01/0557/WP18
16	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien	
16.1	Umbesetzungsantrag der AfD-Ratsgruppe vom 20.08.2024	FB 01/0565/WP18
16.2	Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 02.09.2024	FB 01/0571/WP18
16.3	Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 04.09.2024	FB 01/0572/WP18
17	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt für heute seien Ratsherr Deumens (Die Linke), Ratsherr Dopatka (SPD), Ratsfrau Koentges (SPD) und Ratsfrau Wenzel (GRÜNE).

Als Stimmzählerinnen sollen sich Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) und Ratsfrau Derichs (CDU) bereithalten.

Im Folgenden erheben sich die Anwesenden zu einer Gedenkminute für den verstorbenen, ehemaligen Rats Herrn Dieter Schinzel.

Oberbürgermeisterin Keupen weist auf den Kalender mit den Sitzungsterminen für das Jahr 2025 hin, der als Tischvorlage ausliegt. Hinsichtlich der Tagesordnung teilt sie mit, dass der TOP 9 „Bebauungsplan Nr. 1009 – Haaren Ortsmitte/ Stadthäuser – hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB“ vertagt wird. Aus technischen Gründen konnten hierzu nicht alle Eingaben berücksichtigt werden.

Ratsfrau Lürken (CDU) beantragt, den TOP 6 „Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27. Juni 2024; hier: TOP 4ö „Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke `Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete` vom 06. Juni 2024“ aufgrund von weiterem Beratungsbedarf in die nächste Ratssitzung zu verlagern.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Oberbürgermeisterin Keupen lässt sodann über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Die Tagesordnung wird mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen mit den Änderungen angenommen.

Zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

- 1) Frau M. vom Sounds for Climate e.V. verweist auf den vorliegenden, offenen Brief an Oberbürgermeisterin Keupen zum Erhalt des Tuchwerks als kulturellen Veranstaltungsort aus der vergangenen Woche. Sie fragt Bürgermeisterin Scheidt, wie sie gedenkt, neue Kulturstätten zu gewinnen bzw. langfristig zu erhalten. Das Tuchwerk solle im freien Bieterverfahren verkauft werden und der Verein fordere die Stadt Aachen dazu auf, sich für die Erhaltung der Veranstaltungsstätte einzusetzen.

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) teilt den Wunsch, dass das Tuchwerk als kultureller Veranstaltungsort erhalten bleibt. Insbesondere die günstige Lage und Infrastruktur, sowie die vielen Veranstaltungen aus der Vergangenheit zeigen, dass sich dieser Standort hervorragend für kulturelle Maßnahmen eignet. Auch sie würde es begrüßen, wenn die Stadt Aachen sich für den Erhalt einsetzt und hofft auf eine Beratung im Kulturausschuss und im Stadtrat. Sie bietet an, mit dem Verein zu diesem Thema sowie den weiteren Entwicklungen im Stadtgebiet ins Gespräch zu gehen.

- 2) Herr H., ebenfalls vom Sounds for Climate e.V., vertritt die Auffassung, dass die kulturpolitische Frage der Erhaltung des Tuchwerks in der Soers als Veranstaltungsstätte als Chefsache betrachtet werden

solle. Er fragt Oberbürgermeisterin Keupen, ob sie sich zu einem persönlichen Gespräch mit dem Verein bereit erkläre.

Oberbürgermeisterin Keupen teilt mit, dass der offene Brief des Vereins sie am 29.08. erreicht habe und ihr Büro den Verein selbstverständlich zeitnah für einen Gesprächstermin kontaktieren werde. Die Verwaltung sei auch bereits in die Prüfung der Angelegenheit eingestiegen.

- 3) Frau G. von der Initiative „JA zur offenen Gesellschaft - NEIN zur Bezahlkarte“ drückt ihren Unmut darüber aus, dass der entsprechende Tagesordnungspunkt in der heutigen Ratssitzung erneut vertagt werde. Sie möchte von Ratsfrau Lürken wissen, warum die CDU-Fraktion am heutigen Tage Beratungsbedarf anmelde. Die Initiative habe sich bereits im Mai an alle Ratsfraktionen gewandt und ausführlich ihre Bedenken zur Einführung der Bezahlkarte kundgetan und in der Zwischenzeit haben zwei Sitzungen des Sozialausschusses stattgefunden. Sie betont, dass der Sinn der Initiative darin gelegen habe, nicht auf die Vorgaben des Landes zu warten, sondern stattdessen Einfluss auf den Gestaltungsprozess zu nehmen. Diese Chance sei dem Rat durch die lange Beratungsdauer genommen worden.

Ratsfrau Lürken (CDU) führt aus, dass die Resolution in der Zuständigkeit des Rates liege und aus diesem Grunde in den Sitzungen des Sozialausschusses nicht beschlossen werden konnte, sondern stattdessen an den Rat verwiesen worden sei. Die CDU-Fraktion habe am heutigen Tage Beratungsbedarf angemeldet, da auf landesgesetzlicher Ebene ein Entwurf für das weitere Vorgehen in den einzelnen Kommunen vorliege, allerdings noch keine verbindliche Regelung zu diesem schwierigen Thema bestehe. Weiterhin müsse man auch das Geschehen in den anderen Kommunen der Städtereion betrachten und solle keinen übereilten Beschluss fassen, um hierdurch Einfluss im Landtag nehmen zu wollen. An dieser Stelle werden sich die Vertreterinnen der CDU-Fraktion sowie der GRÜNE-Fraktion im Landtag einsetzen. Eine Entscheidung werde in der nächsten Ratssitzung am 09.10.2024 getroffen, bis dahin bitte sie um Geduld.

- 4) Frau H. richtet ihre Frage an Stadtdirektorin Grehling. Vor dem Hintergrund des furchtbaren Anschlags auf einem Stadtfest in Solingen möchte sie wissen, ob das Sicherheitskonzept für das anstehende „Aachen September Special“ überarbeitet werde bzw. ob zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Durchführung von Taschenkontrollen, eine erhöhte Polizeipräsenz o.ä. angedacht werden.

Stadtdirektorin Grehling berichtet, dass die schrecklichen Ereignisse in Solingen natürlich sicherheitsrelevante Debatten herbeigeführt haben. Bereits bei den letzten Veranstaltungen seien sicherheitsrelevante Aspekte verändert und angepasst worden, so seien auch beispielsweise stichprobenhafte Taschenkontrollen durchgeführt worden. Auch das Sicherheitskonzept für das Aachen September Special werde in Abstimmung mit der Polizei auf erforderliche Anpassungen und Erweiterungen geprüft. Hierbei werde auch die Zielrichtung der bundesgesetzlichen Überlegungen berücksichtigt.

- 5) Herr S. hat eine Frage zum Austausch der fehlerhaften Armaturen für Gas und Wasser. Am 14.08.2020 habe die Aachener Zeitung berichtet, dass der Netzbetreiber Regionetz 1.330 fehlerhafte Armaturen aufgrund eines Materialfehlers austauschen müsse. Er fragt, wie viele Armaturen inzwischen ausgetauscht worden seien und wann mit dem Abschluss der Arbeiten zu rechnen sei. Weiterhin erkundigt er sich nach den Gesamtkosten für die Beseitigung der fehlerhaften Armaturen sowie die Kostenübernahme durch den Hersteller.

Beigeordnete Burgdorff teilt mit, dass sie die Regionetz für die genauen Daten kontaktieren und den Fragesteller entsprechend über das Ergebnis informieren werde.

Zu 3 Modellprojekt "Quereinstieg in die Kinderbetreuung" ("Qik") des Landes NRW ungeändert beschlossen

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) berichtet in ihrer Funktion als Vorsitzende des Kinder- und Jugendausschusses, dass dieser sich in seiner letzten Sitzung intensiv mit dem Projekt beschäftigt und einstimmig dafür ausgesprochen habe, auch wenn keine finanziellen Mittel durch das Land zur Verfügung gestellt werden. Sie bittet den Rat, diesem Beschluss zu folgen und noch einmal einen eindringlichen Appell an die Landesregierung zu richten.

Ratsherr Tillmann (SPD) schildert die frustrierende Situation, dass die personellen Probleme in den Kindertageseinrichtungen nicht kommunal gelöst werden können. Dabei werde auf der kommunalen Ebene bereits so vieles unternommen, um die Betreuung in der jetzigen Form aufrecht zu erhalten und die Familien und Einrichtungen zu entlasten, wie z.B. die Anpassung der Kita-Gebühren für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen oder das Verwaltungskräfteprogramm für Kitas, welches sich zur Zeit in einer Pilotphase befinde. Da alle diese Bemühungen jedoch nicht ausreichen, sei vor fast 2 Jahren das Aachener Modell zum Quereinstieg in die Kinderbetreuung entwickelt worden. Er dankt allen Beteiligten, insbesondere der Verwaltung und den freien Trägern für ihr Engagement. Mit diesem Modell habe die Stadt Aachen im Schulterschluss mit den freien Trägern und der Politik gezeigt, dass sie bereit sind, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Leider sei man hierbei immer wieder auf Widerstände seitens des Landes gestoßen, wodurch das Modellprojekt immer kleiner und komplizierter geworden sei. Er betont, dass der Rat eindringlich an die Landesregierung appellieren solle, ausreichende finanzielle Mittel für das Projekt zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Tillmanns (CDU) teilt seine Auffassung, dass das Modellprojekt „Qik“ nicht so umgesetzt werden könne, wie ursprünglich geplant. Weiterhin verweist er auf die zu hohen Kosten und die Tatsache, dass dieses den Fachkräftemangel in den Aachener Kitas wahrscheinlich nicht in Gänze behoben hätte. Trotzdem müsse man mit dem Land im Gespräch bleiben und weiterhin Alternativen entwickeln. Hierfür diene der heute zu treffende, und bereits durch den Kinder- und Jugendausschuss einstimmig gefasste Beschluss als gute Grundlage.

Ratsfrau Begolli (Die Linke) betont, dass die aktuelle Situation sowohl für die betroffenen Familien und die Kinder, als auch für das Personal eine unglaublich belastende Situation sei und die Chancengleichheit darunter leide. Es werde den Kommunen überlassen, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu erfüllen, sowohl hinsichtlich der baulichen, der personellen sowie der finanziellen Belange. Es mache sie wütend, dass in langer Vorbereitung ein Modell entwickelt wurde und dieses dann nicht finanziell gefördert werde. Auch aus ihrer Sicht stelle kein Modell eine 100%ige Lösung für den Fachkräftemangel dar, allerdings müsse von höherer und nicht kommunaler Ebene mehr Geld in die Kinderbetreuung und die Ausbildung von Personal investiert werden. Dies habe das Land Nordrhein-Westfalen versäumt.

Ratsfrau Schmitt-Promny (GRÜNE) kann die mangelnde Qualität des Projektes Qik nicht bestätigen und bedauert, dass man dieses nicht habe erreichen können. Doch man müsse auch bedenken, dass in der Stadt Aachen bereits ein gutes Angebot in den Kitas bestehe und fortlaufend an dem Betreuungsangebot gearbeitet werde, wie z.B. durch fortlaufende Neubauprojekte. Das Problem der Betreuung sei ein bundesweites Problem und man müsse auf allen Ebenen an der Problemlösung arbeiten. Hierbei müsse man auf Vielschichtigkeit setzen. So müsse man sich auf die Suche nach Nachwuchs begeben, man müsse mehr Ausbildungsplätze an den Schulen schaffen und ausländische Abschlüsse müssten anerkannt werden. Das Land NRW habe bereits einiges unternommen.

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) dankt der Verwaltung, den Initiativen und freien Trägern sowie allen weiteren Beteiligten, die fast 2 Jahre an diesem Modell mitgearbeitet haben. Sie teilt ihre Enttäuschung darüber mit, dass das Projekt, das auch vom Städtetag gelobt worden sei, an 1,2 Mio. Euro gescheitert sei, von denen ein Drittel übernommen worden wären. Weiterhin möchte sie ausdrücklich den Vorwurf zurückweisen, dass die Rechnung fehlerhaft gewesen sei, denn dies treffe nicht zu.

Ratsherr Palm (AfD) betont, dass man für die Kindererziehung Fachkräfte benötige. Die Ratsgruppe lehne einen Quereinstieg grundsätzlich nicht ab, allerdings weise das vorliegende Strategiepapier hierzu schwere inhaltliche Defizite auf. Denn hierin seien Quereinsteiger ohne Berufsanerkennung genannt sowie lediglich die Erfordernis eines Mindestmaßes an Sprachkenntnissen. Man benötige qualifizierte Quereinsteiger auf höherem Niveau und aus diesem Grunde könne die Ratsgruppe den Beschluss nicht mittragen.

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) bedankt sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Er möchte darauf

hinweisen, dass auch im Bereich der KTPS bereits ein Fachkräftemangel bestehe und sich dieser voraussichtlich in den kommenden Jahren ebenfalls weiter verschärfen werde. Die Fraktion DIE Zukunft habe im Rahmen der Haushaltsplanungen diesen Personenkreis immer wieder mit aufgenommen, z.B. im Hinblick auf Betriebskostenzuschüsse o.ä. Für eine gute Kinderbetreuung müsse man diese Säule der Betreuung zukünftig mehr in den Blick nehmen und auch stärken.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen folgt der Empfehlung des Kinder- und Jugendausschusses und entscheidet vor dem Hintergrund der veränderten Finanzierungsgrundlagen des Modellprojektes Qik des Landes NRW eindringlich an die Landesregierung zu appellieren entsprechende Finanzmittel für die Umsetzung von Programmen zum Quereinstieg in die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen

Zu 4 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie, 4. Runde – Fortschreibung des Lärmaktionsplans Aachen (LAP) in 2024 hier: Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen Vorlage der endgültigen Fassung des LAP Aachen, 4. Runde (2024) geändert beschlossen FB 36/0508/WP18

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) führt aus, dass die Lärmaktionsplanung nicht nur eine rechtliche Verpflichtung sei, sondern auch ein wichtiges Thema im Interesse der Bürger*innen. Denn Lärm sei nicht nur störend, sondern Lärm mache auch krank. Deshalb müsse der Plan politisch sehr ernst genommen werden. Lärm sei auch eine soziale Frage, denn mit Blick auf den Stadtplan stelle man fest, dass insbesondere Bereiche wie der Driescher Hof sehr stark von Lärm belastet seien. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden, um das Gesundheitsrisiko für die Anwohner*innen zu minimieren. Es sei wichtig, dass Maßnahmen zur Lärmreduzierung ergriffen werden. Dem komme die Politik bereits seit vielen Jahren nach, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen im Straßenverkehr wie z.B. durch die Ausweisung von Tempo-30-Zonen oder ein Wechsel vom motorisiertem Individualverkehr zu mehr Umweltverbund. Hier könne man positive Synergie-Effekte feststellen, denn die umfassende Verkehrswende Sorge für weniger Lärm und bessere Luft. Abschließend wirbt sie dafür, dass die Politik den Lärmaktionsplan in den nächsten Jahren umsetzt, um der Stadt zu mehr Lebensqualität zu verhelfen und auch die Bürger*innen vom Gesundheitsrisiko zu befreien.

Ratsfrau Lürken (CDU) berichtet, dass der Lärmaktionsplan im Juni im Umweltausschuss sowie im Mobilitätsausschuss vorgestellt und vorberaten worden sei. Wie Ratsfrau Brinner bereits erwähnt habe, sei durch den Plan festgestellt worden, dass an bestimmten Stellen in der Stadt große Probleme der Lärmbelästigung auftreten. Dies gehe mit den Klagen der Bürger*innen im Rahmen der öffentlichen Beteiligung einher. Umso bedauerlicher sei es, dass die Bezirksvertretungen nicht, wie früher auch, bei der Planung beteiligt worden seien. Wenn man die Planung erst nehmen wolle, müsse auch zwingend eine Beratung in den Bezirksvertretungen erfolgen. Aus diesem Grund schlägt die CDU-Fraktion vor, dass die Bezirksvertretungen für die nachfolgenden Maßnahmen und konkretisierenden Beschlüsse mit eingebunden werden. Der Beschlusstext sollte dahingehend angepasst werden, dass die beiden Wörter „soweit erforderlich“ im letzten Satz gestrichen werden und stattdessen ein textlicher Einschub zur Beteiligung der Bezirksvertretungen vor den konkretisierenden Beschlüssen für die einzelnen Maßnahmen erfolgt.

Ratsherr Beus (Die Linke) teilt mit, dass auch die Fraktion Die Linke die Lärmaktionsplanung befürworte. Es könne festgestellt werden, dass die Hauptlärmquelle der motorisierte Individualverkehr sei. An die Kritiker der Mobilitätswende gerichtet führt er aus, dass diese selbstverständlich dazu führe, dass das Auto als Lärmquelle es schwerer habe, in der Innenstadt schädliche Lärmpegel zu erzeugen. Dieser wesentliche Aspekt sei bisher selten genannt worden. Die beschriebenen Maßnahmen erachte er als sinnvoll, allerdings müsse man zuerst feststellen, wo der Lärmpegel herkomme und hierbei sei die Mobilitätswende unumgänglich.

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) bezieht sich auf die Wortmeldung von Ratsfrau Lürken. Es sei wichtig, dass die Bezirksvertretungen beteiligt werden und aus diesem Grunde befürworte die GRÜNE-Fraktion den Vorschlag zur Änderung des Beschlussvorschlages.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD) erklärt, dass auch die SPD-Fraktion den geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion unterstütze, da sie die Einbeziehung der Bezirksvertretungen als wichtig erachte. Es sei bekannt, dass Lärm schädlich sei und deshalb sei es zwingend erforderlich, dass der Lärmaktionsplan weiter fortgeschrieben werde, dass entsprechende Maßnahmen getroffen und hierbei die entsprechenden Ausschüsse beteiligt werden. Abschließend dankt sie der Verwaltung für die gute Vorbereitung.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) teilt seine Freude über das Engagement für den Lärmaktionsplan, denn er erinnere sich daran, dass dies in einer vergangenen Legislaturperiode nur zögerlich umgesetzt worden sei.

Ratsfrau Breuer (CDU) befürwortet ebenfalls die Lärmaktionsplanung. Sie bezieht sich auf die vorherigen Wortmeldungen zur Verkehrswende. Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass Verkehr zu Lärm führe. Wenn man jedoch das aktuelle Beispiel der angelaufenen Schleifenlösung betrachte, könne man feststellen, dass die Fahrzeuge hierdurch lediglich automatisch auf andere Straßen umgeleitet werden und es an diesen Stellen sodann vermehrt zu Belastung, Lärm und Schadstoffen komme. Sie möchte darauf hinweisen, dass solche Lösungsansätze somit lediglich zu einer Verschiebung der Problematik führen.

Ratsherr Neumann (GRÜNE) meldet sich zum Thema Lärm und Innenstadtmobilität. Er erinnere sich, dass die Grundkonzeption der Innenstadtmobilität einvernehmlich unter dem Namen Schleifenerschließung beschlossen worden sei. Durch die Schaffung eines besseren Angebotes an Mobilitätsformen, wie z.B. den Ausbau des ÖPNV, der Radverkehrsinfrastruktur sowie von Premiumradwegen in der Innenstadt, erhalten die Menschen in der Stadt die Möglichkeit, diese Formen der Mobilität sicher und attraktiv zu nutzen. Dies führe zu einer Veränderung der Mobilität, wie auch in anderen Städten, aber auch bereits in Aachen zu beobachten sei. Weiterhin führe dies zu einer deutlichen Verbesserung der Aufenthaltsqualität an verschiedenen Standorten wie z.B. am Elisenbrunnen oder am Templergraben und hierzu zähle auch der verminderte Lärm. Er stimmt zu, dass man darauf achten müsse, dass das geänderte Mobilitätsverhalten nicht an anderen Stellen zu einer Überbelastung führe, allerdings habe er dies bislang noch nicht feststellen können, da die Menschen die Möglichkeiten der neuen Mobilität annehmen. Aus diesen Gründen werde die Verkehrswende, auch vor dem Hintergrund des Lärmaktionsplans und den darin formulierten Zielen, weiter fortgeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und die Fraktionen ihre Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion signalisiert haben, lässt Oberbürgermeisterin Keupen sodann über den geänderten Beschlusstext abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die zur Ratssitzung vorgelegte endgültige Fassung des Lärmaktionsplans Aachen 2024, 4. Runde.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die Umsetzung der im LAP 2024 dargelegten Maßnahmen durch die jeweils zuständigen Fachbereiche der Stadt bzw. in Abstimmung mit den externen Handlungstragenden schrittweise voranzutreiben. Das bedeutet die fachliche Umsetzbarkeit genauer zu prüfen und vorzubereiten, erforderliche Finanzmittel einzuwerben und die Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen. Für die einzelnen Maßnahmen sind konkretisierende Beschlüsse, unter Einbeziehung der Bezirksvertretungen, auch mit Blick auf Zuständigkeiten, Kosten und Mittelbereitstellung von den für die jeweilige Maßnahme verantwortlichen Fachbereichen einzuholen.

Die Verwaltung wird beauftragt, fortlaufend über den Sachstand der Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen

Zu 5.1 Sportpark Soers; Sachstand Gesamtprojekt (August 2024), Grundsatzbeschluss Multifunktionsporthalle - Außerplanmäßige Mittelbereitstellung geändert beschlossen FB 61/1016/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen teilt mit, dass im Sportausschuss, Finanzausschuss sowie im Planungsausschuss geändert beschlossen worden sei. Weiterhin liege ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen mit einem geänderten Beschlussentwurf zur heutigen Ratssitzung vor, der die Änderungen der Fachausschüsse beinhalte. Diesen interfraktionell abgestimmten Beschlussentwurf werde sie nach Abschluss der Beratung zur Abstimmung stellen.

Ratsherr Dr. Breuer (GRÜNE) bringt seine Freude über den gemeinsamen Beschlussentwurf der Fraktionen zum Ausdruck. Das Gesamtprojekt Sportpark Soers sei eines der wichtigsten Sportprojekte in der Stadt Aachen. Schon lange bestehe der Wunsch nach einer Multifunktionsporthalle und mit der Variante S spreche man sich nicht nur für eine Standardhalle aus, sondern für eine Halle, die alle Voraussetzungen für professionellen Hallensport sowie den Breitensport erfülle. Der Beschlussvorschlag beinhalte auch die Prüfung einer möglichen Erweiterung des Nutzungsprogramms um die Funktionsbausteine „Lauf und Sprung“, „Klettern“ und „Geschäftsstelle Sport“. Wichtig sei auch, dass in den Planungen ebenfalls eine kulturelle Nutzung mit aufgenommen werde oder die Halle zu diesem Zweck einmal nachgenutzt werden könne. In den einzelnen Fachausschüssen sei umfangreich über die Anzahl der Stellplätze, der Mobility Hub, diskutiert worden. Die GRÜNE-Fraktion strebe nicht den Bau eines großen Parkhauses an. Der Beschluss sehe vor, dass die erforderlichen Stallplatzkapazitäten präzisiert und so gering wie rechtlich möglich und tatsächlich sinnvoll dimensioniert werden. Abschließend dankt er der Verwaltung für die hervorragende Vorbereitung des Gesamtkonzeptes und die Vorlage.

Ratsherr Helg (FDP) teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion einen heute zu treffenden Grundsatzbeschluss begrüße. Allerdings sei die Fraktion über den vorliegenden Beschlussentwurf enttäuscht, da man sich fraktionsintern auf die Variante „Standard Plus“ geeinigt habe. Im Sinne der Fördermittelakquise sei es jedoch wichtig, dass die Fraktionen im Stadtrat ein einvernehmliches Zeichen setzen, dass sie das Projekt befürworten. Es sei bekannt, dass die „Ladies in Black“ bereits seit vielen Jahren auf eine neue Halle mit besserer Infrastruktur hoffen, die die Zukunft des Spitzenvolleyballs in der 1. Bundesliga gewähren könne. Die FDP-Fraktion betrachte den heutigen Beschluss als Startschuss für das Projekt und die Variante Standard, die weiter ausgebaut werden solle, als kleinsten gemeinsamen Nenner. In den nächsten Monaten und Jahren wolle man weitere Bausteine entwickeln und hinzufügen, wie zum Beispiel den Baustein „Lauf und Sprung“ und den Baustein „Klettern“, denn diese olympische Disziplin nehme sich immer größerer Beliebtheit an, so dass hier ein erheblicher Bedarf bestehe. Ebenfalls wichtig sei die „Geschäftsstelle Sport“ für die Verwaltung und ggf. auch für den Stadtsportbund. Auch dem im Beschlusstext genannten Prüfauftrag für die Parkmöglichkeiten stimme die FDP-Fraktion zu.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bekräftigt, dass der Sportpark Soers von allen gewünscht werde und gemeinsam in die Zukunft geführt werden müsse. Deshalb freue sie sich umso mehr, dass nach den Diskussionen in den Fachausschüssen ein gemeinsamer Beschlussvorschlag erarbeitet werden konnte. Aus ihrer Sicht erreiche man mit dem Projekt einen Lückenschluss zu dem, was als Baustein für den Spitzensport noch fehle. An dieser Stelle möchte sie betonen, dass für den Breitensport in Aachen bereits ein umfangreiches Angebot bestehe. Die Verwaltung habe zu diesem Projekt eine detaillierte Ausführung vorgelegt, die es der Politik ermöglicht, zwischen verschiedenen Varianten zu wählen. Man habe das Glück, dass für das Projekt Fördermittel des Landes zur Verfügung gestellt werden, die den heutigen Startschuss ermöglichen. Bei den Planungen müsse man die Weltreiterspiele 2026 im Blick behalten. Im Hinblick auf das Thema Multifunktionshalle vertrete die CDU-Fraktion die Meinung, dass der Sport im Fokus liegen müsse und sodann unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel die

Ergänzung durch weitere Bausteine geprüft werden soll. Hierfür sei die weitere Machbarkeitsstudie erforderlich. Als problematisch betrachte die CDU-Fraktion den Mobility Hub in der vorgestellten Ausgestaltung. Denn auch, wenn Parkflächen abgebildet werden müssen, solle man sich hierbei beschränken und den Fokus auf den Sport legen. Ein gut funktionierender ÖPNV sei auch an dieser Stelle förderlich. Auch die „Geschäftsstelle Sport“ sei ein wichtiger Baustein für den Sportpark. Insgesamt betrachtet schaffe man mit dem heutigen Beschluss eine gute Basis für viele weitere Möglichkeiten, um das Projekt erfolgreich weiter zu entwickeln. Abschließend dankt sie der Verwaltung sowie allen Akteuren der Lenkungsgruppe für die hervorragende Arbeit.

Ratsherr Linden (SPD) schließt sich im Namen der SPD-Fraktion den Vorreden an. Er berichtet, dass der Finanzausschuss in seiner Beschlussempfehlung angemerkt habe, dass alle vorhandenen Einsparpotentiale konsequent zu nutzen seien. Aus seiner Sicht werde der gemeinsame Beschlussentwurf der Fraktionen diesem Ansinnen gerecht, insbesondere auch in der Ausformulierung zur Parkinfrastruktur. Er verweist auf den Erfolg der Stadt Aachen und dem ALRV, die gemeinsam 40 Mio. Euro Fördermittel für das Projekt akquirieren konnten. Durch die geteilte Aufgabenwahrnehmung erwachse aber auch eine große Verantwortung für das Gelingen des Gesamtprozesses. Hierzu möchte er zwei Aspekte ansprechen, zum einen die Zeitplanung und zum anderen die ordnungsgemäße Verwendung der Fördergelder. Man brauche ein fertiges Bau Feld zu den Weltreiterspielen 2026. Man habe geplant, im 2. Quartal 2024 einen Förderantrag einzureichen. Die Bezirksregierung erwarte die Leistungsphase 3 bei der Abbruchplanung, woraus eine Verschiebung auf September resultiere. Für die weitere Planung bedeute dies, dass es Anpassungen und Beschleunigungen in der Bauzeitplanung geben müsse. Er richtet die Bitte an die Verwaltung, engmaschig und transparent mit den Partnern zu kommunizieren, damit keine Zweifel aufkommen, dass man an der Zusage zur Zeitplanung und gegenüber dem ALRV festhalten könne. Zur ordnungsgemäßen Verwendung der Fördergelder betont er, dass man sich auf den eigentlichen Förderzweck – die Erzielung von Struktureffekten im Bereich Spitzensport und im Bereich herausragende Infrastrukturen – konzentrieren müsse. Alle weiteren Bausteine seien optional zu planen und benötigen eine eigene Fördermittelakquise. Er möchte unterstreichen, dass der ALRV insbesondere durch die Integration von Jugend und Para als zusätzliche Disziplinen einen Beitrag von unschätzbarem Wert für den Sportpark leiste. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei die bauordnungsrechtliche Prüfung zur Nutzung der Halle für weitere Veranstaltung von großem Wert und sei vom Fördergegenstand ausdrücklich gegeben. Abschließend führt er aus, dass die Beratung des Projektes in den verschiedenen Fachausschüssen den Prozess aus seiner Sicht erschwert habe und er aus diesem Grunde empfehle, dass Projekte in dieser Größenordnung zukünftig über den Hauptausschuss gebündelt werden, wie z.B. auch das Haus der Neugier und der Bushof.

Oberbürgermeisterin Keupen begrüßt den Vorschlag von Ratsherrn Linden bezüglich der gebündelten Beratung von Großprojekten im Hauptausschuss.

Ratsherr Beus (Die Linke) äußert, dass auch die Fraktion Die Linke sich im Wesentlichen den vorherigen Wortbeiträgen anschließen könne und man es begrüße, dass die Fläche des ehemaligen Polizeipräsidiums in eine neue Nutzung übergehe. In der Fraktion sei zwischenzeitlich jedoch der Eindruck entstanden, dass die Abwicklung der Mobilität im Hauptfokus liege, obwohl die Weiterentwicklung des Sportparks das Hauptthema sein sollte. Bezogen auf den Wortbeitrag von Ratsfrau Eschweiler teilt er mit, dass aus seiner Sicht nicht ausreichend Sportstätten in der Stadt Aachen vorhanden seien und der Bedarf über dem vorhandenen Kontingent liege. Der Sportpark Soers könne diesbezüglich zu einer Entlastung im Breitensport beitragen. Die Fraktion Die Linke werde dem heutigen Beschlussvorschlag zustimmen und das Projekt gerne weiter begleiten, mit dem Fokus auf der Stärkung des Breitensports.

Ratsherr Baal (CDU) weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung lediglich ein Grundsatzbeschluss zu treffen sei und die eigentliche Aufgabe noch bevorstehe. Die durch die Verwaltung erarbeiteten Grundlagen unter Einbindung der verschiedenen Akteure der Soers seien bemerkenswert, denn es sei zum ersten Mal gelungen, alle Akteure in eine Richtung zu bringen. Jeder vertrete seine Interessen, aber das Projekt könne nur gemeinsam umgesetzt werden. Zu der von Ratsherrn Linden bereits angesprochenen Zeitplanung führt er aus, dass in einem ersten Schritt die Vorbereitungen für den Abriss des Polizeipräsidiums anlaufen, mit dem Ziel der Fertigstellung bis zu den Weltreiterspielen. Insbesondere aufgrund der Erfahrungen zum Abriss des Parkhauses am Büchel sei er jedoch zuversichtlich, dass diese Arbeiten zeitgerecht abgeschlossen werden können. Auf politischer Ebene versuche man in dieser Zeit das Baurecht zu schaffen. Dies bedarf einer intensiven Beratung und einer gesetzlich vorgegebenen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie eines Abwägungsprozesses. Im letzten Schritt müsse man das Projekt im Haushalt abbilden und dies umfasse nicht nur das Invest, das nicht durch Fördermittel abgedeckt

sei, sondern auch den laufenden Betrieb. Abschließend bedankt er sich bei Ratsherrn Linden für die Hinweise aus dem Finanzausschuss, sowie der Verwaltung für die Vorbereitung und den Kolleg*innen der anderen Fraktionen für die kooperative Zusammenarbeit.

Oberbürgermeisterin Keupen lässt sodann über den gemeinsamen Beschlussvorschlag der Fraktionen abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Bericht der Verwaltung über den Sachstand des Gesamtprojekts Sportpark Soers sowie über die ausgearbeitete Szenariobetrachtung zur Multifunktionssporthalle zur Kenntnis.

1. Er beschließt, das Projekt einer Multifunktionssporthalle am Standort Sportpark Soers entsprechend der in dieser Vorlage beschriebenen Variante "Standard" weiterzuverfolgen.
2. Er beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage – unter steter Beachtung der Förderrichtlinien – die städtebaulichen und hochbaufachlichen Planungen für die Multifunktionssporthalle und die erforderliche Parkinfrastruktur bis einschließlich Leistungsphase 2 HOAI (Vorentwurfsplanung incl. Kostenschätzung) fortzuführen. Die Multifunktionssporthalle wird dabei so geplant, dass sie aus bauordnungs-, umwelt- und planungsrechtlicher Perspektive auch Kultur- oder andere Veranstaltungen aufnehmen oder zu diesem Zweck einmal nachgenutzt werden kann.
3. Die Verwaltung wird in einer flankierenden Machbarkeitsstudie verschiedene bauliche Realisierungsansätze der Kombination aus Multifunktionssporthalle und erforderlicher Parkinfrastruktur hinsichtlich Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Betrieb untersuchen und gegenüberstellen. Sie wird im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie – separat zur Variante "Standard" – die Erweiterung des Nutzungsprogramms der Multifunktionssporthalle um die Funktionsbausteine "Lauf und Sprung", "Klettern" und "Geschäftsstelle Sport" in funktionaler, örtlicher, baufachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht prüfen. Eine haushalterische Bewertung dieser Funktionsbausteine erfolgt zu späterer Zeit und unabhängig von der Variante "Standard". Sie bedarf im Übrigen der gesonderten Fördermittelakquise. Im Zuge der Konkretisierung der Planungen wird die Verwaltung die zusätzlichen Mobilitätsbedarfe von Multifunktionssporthalle, Reitsporthalle, Para- und Jugendstadion und aus der Verlagerung bestehender ebenerdiger Stellplatzflächen und Baulasten zugunsten der im Masterplan vorgesehenen neuen Sportaußenanlagen detailliert darstellen. Die erforderliche Parkinfrastruktur wird hinsichtlich der logistisch und bauordnungsrechtlich erforderlichen Stellplatzkapazitäten präzisiert und so gering wie rechtlich möglich und tatsächlich sinnvoll dimensioniert.
4. Des Weiteren werden für die Durchführung der Hochbauplanung und die planungsrechtliche Vorbereitung der Vorhaben erforderliche Gutachten und Konzepte beispielsweise zu den Belangen Immissionsschutz, Artenschutz, Bodenschutz, Entwässerung, Versorgung, Logistik und Mobilität, etc. extern vergeben.
5. Für die Durchführung dieser Planungen bzw. Untersuchungen werden investive Mittel in Höhe von 1.150.000 Euro (Planungsleistungen nach HOAI, LPH 0-2) und konsumtive Mittel in Höhe von 455.000 Euro (Machbarkeitsstudie, Gutachten, Konzepte) außerplanmäßig im städtischen Haushalt im Produkt 100301 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 5.2 Überplanmäßige Mittelbereitstellung Erweiterung Verwaltungsgebäude Forstamt Monschauerstraße

ungeändert beschlossen
FB 36/0506/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt für die Maßnahme „Erweiterung des Verwaltungsgebäudes Forstamt Mon-schauerstraße“ unter der 5-130104-900-04200-300-1-78650000 überplanmäßige Mittel im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 595.572 Euro bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 6 Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27. Juni 2024;
hier: TOP 46 "Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke 'Sachstandsbericht zur Bezahl-
karte für Geflüchtete' vom 06. Juni 2024"**
vertagt
FB 56/0511/WP18

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu 7 4. Änderungssatzung der Friedhofssatzung der Stadt Aachen vom 01.01.2011
ungeändert beschlossen
E 18/0252/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt auf Empfehlung des Betriebsausschusses Aachener Stadtbetrieb und der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg, die 4. Änderungssatzung der Friedhofssatzung der Stadt Aachen vom 01.01.2011 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 8 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusam-
menarbeit im öffentlichen Rettungsdienst**
ungeändert beschlossen
FB 37/0052/WP18

Ratsfrau Lürken (CDU) teilt mit, dass der Umweltausschuss hierzu einstimmig beschlossen habe. Seit dem Jahr 2002 sei an dieser Stelle gelebtes Europa in der Stadt Aachen erkennbar, wofür sie sich bei allen Mitwirkenden herzlich bedanken möchte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im öffentlichen Rettungsdienst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 9 Bebauungsplan Nr. 1009 - Haaren Ortsmitte / Stadthäuser -
hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
 vertagt
 FB 61/1015/WP18**

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**Zu 10 Einteilung der Wahlbezirke für die Kommunalwahl 2025
 zur Kenntnis genommen
 FB 01/0560/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 11 Festakt und Rahmenprogramm "Aachen 1944 und der Weg in die Demokratie";
Ratsantrag der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD, ZUKUNFT, FDP und LINKE vom 08.05.2024
 ungeändert beschlossen
 E 42/0201/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich für den gemeinsamen Ratsantrag der Fraktionen und teilt mit, dass die Einladungsschreiben für die Ratsmitglieder zum Festakt am 13.10.2024 versandt worden seien.

Ratsherr Tillmann (SPD) dankt der Verwaltung für die heutige Vorlage sowie die erfolgten Planungen. Er möchte hervorheben, dass ein breites Rahmenprogramm unter Beteiligung verschiedener Institutionen aufgestellt worden sei. Auch der Titel hierzu sei aus seiner Sicht sehr treffend gewählt worden, da er auch den Weg in die Demokratie mit einbinde.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) schließt sich im Namen der CDU-Fraktion den Dankesworten an, insbesondere auch gegenüber allen Institutionen, die sich dazu bereit erklärt haben, das auf den Festakt folgende Rahmenprogramm zu gestalten.

Ratsfrau Begolli (Die Linke) spricht ihr Lob aus für die schnelle Umsetzung dieser besonderen Veranstaltung. Sie betont, dass man sich glücklich schätzen könne, seit 80 Jahren in Freiheit leben zu dürfen, denn dies sei nicht selbstverständlich. Sie wirbt dafür, die einzelnen Veranstaltungen möglichst zahlreich zu besuchen.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) befürwortet, dass die Veranstaltung nicht nur den Festakt beinhalte, sondern durch ein umfangreiches Rahmenprogramm begleitet werde und bedankt sich ebenfalls für die Vorbereitungen.

Ratsfrau Moselage (FDP) dankt für die Vorbereitung dieser würdevollen und angemessenen Veranstaltung. Das Rahmenprogramm ermögliche den Menschen einen guten Eindruck der Bedeutung von Krieg, Kapitulation, Befreiung und Neubeginn.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, Festakt und Rahmenprogramm zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 12 Annahme einer Schenkung des Fördervereins der KGS Höfchensweg; hier Schenkung eines
Außenspielgerätes
 ungeändert beschlossen
 FB 45/0611/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Annahme der Schenkung des gemeinnützigen Vereines „Förderverein e.V. der KGS Höfchensweg“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 13 Annahme einer Schenkung des Fördervereins der GGS Brühlstraße;
hier: Erstellen einer Pflasterfläche für eine Fahrradabstellanlage
 ungeändert beschlossen
 FB 45/0612/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Annahme der Schenkung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 14 Anfragen

Zu 14.1 Ratsanfragen

**zur Kenntnis genommen
FB 01/0558/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 3 neue Ratsanfragen, die fristgerecht eingereicht und versandt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 14.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen
zur Kenntnis genommen
FB 01/0559/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 7 neue Stellungnahmen. Hiervon wurden 5 Stellungnahmen vorab versandt und 2 weitere Stellungnahmen liegen als Tischvorlage vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 15 Ratsanträge
ungeändert beschlossen
FB 01/0557/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 9 neue Ratsanfragen, die fristgerecht eingereicht wurden. Hiervon wurden 7 Ratsanträge vorab versandt und 2 Ratsanfragen liegen als Tischvorlage vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 16 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien

**Zu 16.1 Umbesetzungsantrag der AfD-Ratsgruppe vom 20.08.2024
ungeändert beschlossen
FB 01/0565/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der AfD-Ratsgruppe mit Schreiben vom 20.08.2024 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 16.2 Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 02.09.2024
 ungeändert beschlossen
 FB 01/0571/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der GRÜNE-Fraktion mit Schreiben vom 02.09.2024 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 16.3 Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 04.09.2024
 ungeändert beschlossen
 FB 01/0572/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der Fraktion DIE Zukunft mit Schreiben vom 04.09.2024 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Britta Hommelsheim
Schriftführerin